Antrag auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Landkreis Vorpommern-Rügen Der Landrat Fachgebiet Unterhaltsvorschuss (22.20) Carl-Heydemann-Ring 67 18437 Stralsund	Eingangsstempel der Unterhaltsvorschussstelle:
	Aktenzeichen:

**Der Antrag ist im Original einzureichen.
Hinweis: Bitte beachten Sie das beigefügte Merkblatt!**

1 Antragstellung

Bitte beachten Sie, dass Unterhaltsvorschuss grundsätzlich ab dem Monat der Antragstellung und nur unter besonderen Voraussetzungen rückwirkend für einen Monat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt wird.

Antragsstellung ab (maximal auf den Ersten des Vormonats)

2.1 Persönliche Angaben zum Kind, für das Leistungen beantragt werden

Name, Vorname			
Geburtsdatum		Geburtsort	
Geschlecht	☐ männlich ☐ weiblich ☐ divers		
Anschrift	Straße und Hausnummer		
	Postleitzahl und Ort		
Staatsangehörigkeit			

2.2 Angaben zum Aufenthalt des Kindes

Das Kind lebt	☐ bei der Mutter seit:		☐ bei dem Vater seit:	
	☐ bei einer anderen Person:		seit	
	☐ in einer Einrichtung der Jugendhilfe*			seit

2.3 Angaben, wenn das Kind 15 Jahre oder älter ist

Das Kind	☐ besucht eine allgemeinbildende Schule (Schulbescheinigung einreichen)
	☐ absolviert eine berufliche Ausbildung gegen Vergütung (Vertrag und Abrechnungen einreichen)
	☐ ist in Arbeit (Vertrag und Abrechnungen einreichen)
	☐ absolviert eine berufliche Ausbildung ohne Vergütung (Schulvertrag einreichen)
	☐ absolviert ein freiwilliges Jahr (z. B. FSJ) oder ähnliches (Vertrag und Abrechnungen einreichen)
	☐ macht nichts von dem Aufgeführten, sondern (bitte eigene Erklärung eintragen):

2.4 Angaben zur Vaterschaft

Wurde die Vaterschaft anerkannt oder festgestellt?	☐ nein ☐ ja*
--	--

*** Bitte jeweils einen Nachweis vorlegen**

Läuft derzeit ein Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft?	☐ nein ☐ ja*		
Besteht eine Beistandschaft, Amtspflegschaft bzw. -vormundschaft?	☐ nein ☐ ja*		
3.	Angaben zum Elternteil, bei dem das Kind lebt		
3.1	Persönliche Angaben		
Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname			
Geburtsdatum		Geburtsort	
Staatsangehörigkeit			
Geschlecht	☐ männlich ☐ weiblich ☐ divers		
Anschrift	Straße und Hausnummer		
	Postleitzahl und Ort		
Familienstand	☐ ledig ☐ verheiratet ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft ☐ dauernd getrenntlebend vom Ehegatten seit ☐ dauernd getrenntlebend vom anderen Elternteil seit ☐ geschieden seit ☐ verwitwet seit		
IBAN			
BIC			
Bankinstitut			
Telefonnummer (freiwillige Angabe)			
Mailadresse (freiwillige Angabe)			
4	Angaben zum Elternteil, bei dem das Kind <u>nicht</u> lebt		
4.1	Persönliche Angaben		
Name, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname			
Geburtsdatum		Geburtsort	
Geschlecht	☐ männlich ☐ weiblich ☐ divers		
verstorben am		Wenn der andere Elternteil des Kindes verstorben ist, bitte weiter ab Nr. 7	
Anschrift (ggf. letzte bekannte Adresse, dann dies so kennzeichnen)	Straße und Hausnummer		
	Postleitzahl und Ort		

*** Bitte jeweils einen Nachweis vorlegen**

Ist der Elternteil in der Regel an einem anderen Ort, als unter der oben genannten Anschrift anzutreffen? Wenn ja, wo? (z. B. bei den Eltern)	☐ nein ☐ ja	Name und Anschrift	
Unterbringung	☐ Der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner ist voraussichtlich mindestens 6 Monate in einer Anstalt untergebracht (z. B. JVA, Pflegeheim, Krankenhaus)		
Staatsangehörigkeit			
E-Mailadresse			Telefonnummer
Familienstand	☐ ledig	☐ verheiratet	
	☐ dauernd getrennt	seit	☐ eingetragene Lebenspartnerschaft
	☐ geschieden/eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben	seit	☐ verwitwet
Schulabschluss	☐ Realschule ☐ Gesamtschule ☐ Gymnasium (Abitur) ☐ Sonderschule ☐ Hauptschule		
Berufsausbildung	Lehre als		☐ abgebrochen
Studium			
bisheriger beruflicher Werdegang			
derzeit beschäftigt bei		als	
Selbstständig tätig als			
aktuelles Erwerbseinkommen			
Einkommen aus Nebentätigkeit			
Krankenversichert bei			
Krankengeld	☐ nein ☐ ja	seit	
Arbeitsunfähig erkrankt	☐ nein ☐ ja	seit	
Arbeitslosengeld I	☐ nein ☐ ja	seit	
Arbeitslosengeld II	☐ nein ☐ ja	seit	
Rente	☐ nein ☐ ja	seit	
Grundsicherung nach dem SGB XII	☐ nein ☐ ja	seit	
Mieteinnahmen	☐ nein ☐ ja	seit	
Zinseinnahmen	☐ nein ☐ ja	seit	
Sonstige Einnahmen aus Vermögen	☐ nein ☐ ja	seit	
Vermögen (Immobilien, Kfz, Spareinlagen, Bankkonten, Lebensversicherungen, Wertpapiere etc.)			

*** Bitte jeweils einen Nachweis vorlegen**

Welche Bemühungen haben Sie unternommen, um Unterhaltszahlungen zu erhalten?*						
Folgende Maßnahmen wurden zur Realisierung der Unterhaltsansprüche des Kindes eingeleitet (z. B. Ermittlung des Aufenthaltsortes, Überprüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Klage, Strafanzeige wegen Verletzung der Unterhaltspflicht etc.):						
7	Leistungen von anderen Stellen, Einnahmen des Kindes					
7.1	Kindergeld oder vergleichbare Leistungen					
Kindergeld nach dem Einkommensteuer- bzw. Bundeskindergeldgesetz					☐ nein	☐ ja
sonstige kindergeldähnliche Leistung (z. B. Auslandskindergeld, Kinderzulage)					☐ nein	☐ ja*
Diese Leistung erhält		☐ betreuender Elternteil	☐ anderer Elternteil	☐ andere Person:		
7.2	Einnahmen des Kindes					
Einnahmen aus Vermögen (z. B. Miete, Pacht, Zinsen)		☐ nein	☐ ja*	seit		in Höhe von €
Waisenbezüge		☐ nein	☐ ja*	seit		in Höhe von €
Sonstige Unterhaltersatzleistungen (z. B. Schadensersatz)		☐ nein	☐ ja*	seit		in Höhe von €
7.3	sonstige Leistungen					
Erhält das Kind und/oder der Elternteil, bei dem das Kind lebt, Leistungen nach dem SGB II (Bürgergeld)?				☐ nein ☐ ja*		
Erhält das Kind und/oder der Elternteil, bei dem das Kind lebt, Grundsicherung nach dem SGB XII?				☐ nein ☐ ja*		
Erhält das Kind Leistungen nach dem SGB VIII?				☐ nein ☐ ja*		
8	Bezug von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)					
Erhalten Sie bereits Leistungen nach dem UVG?				☐ nein ☐ ja, von:		
Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers						
<p>Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Ich verpflichte mich, alle Änderungen unverzüglich mitzuteilen, die für die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) von Bedeutung sind. Mir ist bekannt, dass eine Verletzung dieser Pflicht als Ordnungswidrigkeit und mit einem Bußgeld geahndet werden kann und zu Unrecht erhaltene Leistungen zurückgezahlt werden müssen. Darüber hinaus kann auch ein Strafverfahren eingeleitet werden. Ein Anspruch auf Unterhaltsleistungen nach dem UVG besteht nicht, wenn Sie sich weigern, die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich sind oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteils mitzuwirken. Freiwillige Angaben werden aufgrund Ihrer Einwilligung erhoben und gespeichert. Diese Angaben dienen ausschließlich der schnellen Erreichbarkeit. Sollten Sie diese Daten nicht angeben, hat das keine Auswirkungen auf die Prüfung Ihres Unterhaltsanspruchs. Ich bin auch ausdrücklich damit einverstanden, dass die notwendigen Daten zur Durchführung des UVG mit dem Beistand, Amtspfleger oder Amtsvormund sowie dem Jobcenter ausgetauscht werden. Eine Weitergabe an die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens nach § 170 StGB (Verletzung der Unterhaltspflicht) gegen den anderen El-</p>						

* Bitte jeweils einen Nachweis vorlegen

ternteil und der Weitergabe an das Familiengericht für unterhaltsrechtliche und damit in zusammenhängende Verfahren wird ausdrücklich zugestimmt. Die Übermittlung dient ausschließlich zur Abstimmung der privat-rechtlichen Unterhaltsangelegenheit gegenüber dem unterhaltspflichtigen Elternteil, der Klärung von Nachfragen mit einem anderen gesetzlichen Vertreter des Kindes bzw. zur Erfassung und Anrechnung der Bezüge des Kindes bei Leistungen nach dem SGB II. Sie könnten die Einwilligung zur Speicherung der freiwilligen Angaben und zur Datenübermittlung an obenstehende Behörden und Personen jederzeit für die Zukunft durch schriftliche Erklärung widerrufen.

Alle mit * versehenen Angaben sind mit Dokumenten oder Erklärungen nachzuweisen.

Das Merkblatt zum UVG habe ich erhalten.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/-in

ggf. Unterschrift gesetzlicher
Vertreter des Kindes

Soweit im laufenden Verfahren eine Leistungsfähigkeit des anderen Elternteils festgestellt bzw. dieser zur Zahlung von laufendem Unterhalt aufgefordert wird, stimme ich der Weitergabe meiner bei der Behörde hinterlegten Bankverbindung an den anderen Elternteil zu, um schnellstmöglich eine laufende Unterhaltszahlung vom anderen Elternteil zu erhalten.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/-in

ggf. Unterschrift gesetzlicher
Vertreter des Kindes

Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die Datenerhebung erfolgt auf Grund des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG). Zu den Angaben sind Sie gemäß §§ 60 ff. Sozialgesetzbuch (SGB) I verpflichtet. Die für die Berechnung und Zahlung von Leistungen nach dem UVG erforderlichen persönlichen Daten werden im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet. Soweit Sie die erforderlichen Daten nicht bereitstellen, wird darauf hingewiesen, dass die von Ihnen beantragte Leistung nicht geprüft und gewährt werden kann. Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist berechtigt bzw. verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten an Dritte zu übermitteln. Datenempfänger können sein: Kreiskasse des Landkreises; Jobcenter des Landkreises; Unterhaltsbeistand; das zuständige Familiengericht, Staatsanwaltschaft. Die Speicherdauer Ihrer Daten beträgt nach Abschluss des Verfahrens mindestens 10 Jahre. Eine umfangreiche Information gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung erhalten Sie unter <https://www.lk-vr.de/Quicknavigation/Datenschutz>. Bei Bedarf erhalten Sie eine Kopie der kompletten Informationen.

Beiblatt bezüglich der Betreuungszeiten des anderen Elternteiles:

(für jedes Kind bitte eine extra Erklärung beifügen)

Name u. Vorname, Geb. Datum Kind für das Unterhaltsvorschuss beantragt wird

- Es gibt eine gerichtliche Vereinbarung bezüglich des Umgangsrechts.
- Das Umgangsrecht wurde unter den Eltern vereinbart.
- Sonstige Vereinbarung (über Rechtsanwälte etc.).

Wir fordern Sie auf schriftliche Vereinbarungen in Kopie beizufügen.

1 Das Kind besucht den anderen Elternteil wie folgt:

Montag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Dienstag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Mittwoch	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Donnerstag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Freitag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Samstag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____
Sonntag	☐ ganztags	☐ in der Zeit von _____ bis _____

2 Die Regelung ist

- wöchentlich
- 14 tägig

es gibt folgende Regelung _____

3 Es treffen keine der oben genannten Punkte zu, weil:

Ich versichere ausdrücklich, dass ich die Angaben wahrheitsgemäß gemacht habe. Mir ist bewusst, dass der andere Elternteil zu diesen Angaben befragt werden kann.

_____, Datum _____

Unterschrift Antragsteller/-in

Merkblatt zum Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

1 Wer hat Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Berechtigt nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist das Kind. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen müssen deshalb in der Person des Kindes erfüllt sein. Ein Kind hat Anspruch auf die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, wenn das Kind:

1. das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und
2. im Bundesgebiet bei einem seiner Elternteile lebt, der:
ledig, verwitwet oder geschieden ist, oder von seinem Ehegatten/vom anderen Elternteil/Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes (gleichgeschlechtliche Lebenspartner/in) dauernd getrennt lebt, oder dessen Ehegatte/der andere Elternteil/Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes für voraussichtlich mindestens sechs Monate in einer Anstalt untergebracht ist.
3. nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt vom anderen Elternteil oder, wenn dieser Elternteil oder Stiefelternteil verstorben ist, Waisenbezüge mindestens in der im Punkt 3 genannten Höhe erhält.
Ein ausländisches Kind hat nur einen Anspruch, wenn es oder der allein erziehende Elternteil im Besitz einer Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis ist (Ausnahme: freizügigkeitsberechtigte Ausländer: EU-Bürger, Staatsangehörige Islands, Lichtensteins, Norwegens und der Schweiz).
4. Soweit das Kind 12 Jahre oder älter ist: durch die Unterhaltsleistung die Hilfebedürftigkeit des Kindes nach § 9 SGB II vermieden werden kann oder der alleinerziehende Elternteil ein Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II bzw. nach den Vorgaben des Einkommenssteuergesetzes in Höhe von mindestens 600,00 € bezieht.

2 Wann besteht kein Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Der Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ist ausgeschlossen, wenn:

- beide Elternteile in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben oder eine Beziehung führen (unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind oder nicht) und der Lebensmittelpunkt des Kindes bei beiden Elternteilen bestimmt werden kann, oder
- der Elternteil, bei dem das Kind lebt, verheiratet ist, oder heiratet (Eheschließung mit dem anderen Elternteil oder auch mit einer anderen Person) oder eine Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes eingeht, oder
- bei zwei gemeinsamen Kindern je eines bei einem der Elternteile wohnt und jeder der Elternteile für den vollen Unterhalt des bei ihm lebenden Kindes allein aufkommt, oder
- wenn das Kind nicht von einem Elternteil betreut wird, sondern sich z.B. in einem Heim oder in Vollzeitpflege in einer anderen Familie befindet, oder
- wenn der alleinerziehende Elternteil sich weigert, die zur Durchführung des UVG erforderlichen Auskünfte zu erteilen, oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthaltes des anderen Elternteils mitzuwirken, oder
- wenn das Kind Unterhaltszahlungen in ausreichender Höhe (vgl. Abschnitt 3) von dem anderen Elternteil bzw. demjenigen, der sich für den Vater des Kindes hält, erhält, oder wenn der andere Elternteil die Unterhaltspflicht durch Vorauszahlung erfüllt hat oder von der Unterhaltszahlung freigestellt worden ist oder
- wenn das Kind 12 Jahre oder älter ist: wenn durch die Unterhaltsleistung die Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II nicht vermieden werden kann und/oder der

alleinerziehende Elternteil selbst auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen ist und über kein eigenes Einkommen im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II bzw. nach den Vorgaben des Einkommenssteuergesetzes in Höhe von mindestens 600,00 € verfügt

3 Wie hoch sind die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz?

Die Unterhaltsleistung wird in Höhe des monatlichen Mindestunterhalts* (§ 1612 a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 bis 3 BGB) abzüglich vollen Kindergeldes für ein erstes Kind gezahlt. Somit liegen die aktuellen Beträge für Kinder im Alter von

0 bis einschließlich 5 Jahren	187,00 €
6 bis einschließlich 11 Jahren	252,00 €
12 bis einschließlich 17 Jahren	338,00 €.

Erhält das Kind (regelmäßig) Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils oder nach dessen Tod oder nach dem Tod eines Stiefelternteils Waisenbezüge, so werden diese von dem Betrag der o. g. Leistung nach dem UVG abgezogen. Das gleiche gilt für sonstige Leistungen des anderen Elternteils, wenn sie als aktuelle Unterhaltszahlungen an das Kind (Direktzahlung an betreuenden Elternteil) zu werten sind, dies sind z.B. Beiträge für die Musikschule, für den Schwimmunterricht, Beiträge der Essensversorgung in der Einrichtung, o. ä.) sowie Leistungen nach dem Unterhaltsicherungsgesetz bei (freiwillig) Wehrdienst- oder Zivildienstleistenden. Eigene Einkünfte des Kindes sind hälftig (unter eventuellen Abzug von Freibeträgen) auf den Unterhaltsanspruch anzurechnen. Bezieht das Kind selbst ausreichend eigene Einkünfte aus bspw. Arbeits- oder Ausbildungsvergütung, kann dies dazu führen, dass kein Anspruch auf UVG besteht.

Unterhaltsleistungen unter monatlich 5,00 € werden nicht gezahlt. Liegen die Anspruchsvoraussetzungen nur für einen Teil eines Monats vor, wird die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz nur anteilig gezahlt.

4 Für welchen Zeitraum werden die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt?

Die Zahlung endet spätestens, wenn das Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat (bis einen Tag vor dem 18. Geburtstag des Kindes).

Die Unterhaltsleistung kann rückwirkend für einen Kalendermonat vor dem Monat der Antragstellung gezahlt werden, soweit die im Abschnitt 1 genannten Voraussetzungen bereits in dieser Zeit erfüllt waren und es nicht an zumutbaren Bemühungen gefehlt hat, den anderen Elternteil zu Unterhaltszahlungen zu veranlassen.

5 Was muss man tun, um die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu erhalten?

Die Leistungen werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. Antragsformulare erhalten Sie beim Fachgebiet Unterhaltsvorschuss oder in den Bürgerservicecentren des Landkreises Vorpommern-Rügen und auf der Internetseite des Landkreises Vorpommern-Rügen www.lk-vr.de.

Über das www.serviceportal.gemeinsamonline.de kann der Antrag auf Unterhaltsvorschuss online gestellt werden. Für die Zertifizierung wird der elektronische Personalausweis benötigt. Ist der elektronische Personalausweis nicht vorhanden, gilt der Antrag als wirksam gestellt, wenn der Mantelbogen, der handschriftlich im Original zu unterschreiben und postalisch an die Unterhaltsvorschusskasse übersandt werden muss, beim Landkreis Vorpommern-Rügen eingegangen ist.

Antragsberechtigt ist der alleinerziehende Elternteil oder der gesetzliche Vertreter des Kindes.

6 Welche Unterlagen müssen Sie bei der Antragstellung mitbringen; welche Unterlagen müssen dem Antrag beiliegen oder sind bei einem Online Antrag als Dokument zu hinterlegen?

- Personalausweis oder Reisepass der Antragstellerin/des Antragstellers
- Haushaltsbescheinigung (Die Haushaltsbescheinigung bescheinigt, wer mit wem in einem Haushalt zusammenwohnt). Diese Bescheinigung stellt das Einwohnermeldeamt aus.
- Geburtsurkunde des Kindes
- bei Ausländern: Ausweis und aktueller Aufenthaltstitel
- Vaterschaftsanerkennung oder -feststellung und Zustimmungserklärung
- vorhandene Unterhaltstitel (Urkunde, Urteil, Beschluss, Vergleich, notarieller Vertrag) **im Original der ersten vollstreckbaren Ausfertigung**
- Bestätigung vom Rechtsanwalt über das Getrenntleben und/oder Nachweis Steuerklassenwechsel (Finanzamt)
- Scheidungsurteil/Scheidungsbeschluss (Aufhebungsbeschluss)
- gerichtliche Anordnung über die Unterbringung des Ehepartners für längere Zeit in einer Anstalt,
- Sterbeurkunde des anderen Elternteils
- Nachweise über den Bezug Halbwaisenrente (Rentenbescheid)
- Nachweise über laufende Unterhaltszahlungen; über die letztmalig geleisteten Unterhaltszahlungen
- Vollständiger, aktueller SGB-II-Bescheid für den Monat der Antragsstellung, soweit das Kind das 12. Lebensjahr vollendet hat
- Schulbescheinigung für ein Kind über dem 15. Lebensjahr oder
- Nachweise über das Einkommen des Kindes, wenn dieses sich in Berufsausbildung, in Arbeit, in einem FSJ oder ähnliche oder sonstige Tätigkeit gegen Entgelt befindet und Nachweise über Vermögen (Zinserträge usw.)

7 Welche Pflichten haben der alleinerziehende Elternteil und der gesetzliche Vertreter des Kindes, wenn sie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für das Kind beantragt haben oder erhalten?

Nach der Antragstellung müssen unverzüglich alle Änderungen, die für die Leistung nach dem UVG von Bedeutung sind, der zuständigen Stelle mitgeteilt werden und zwar insbesondere:

- wenn das Kind nicht mehr ausschließlich bei dem alleinerziehenden Elternteil lebt (z. B. wegen des Aufenthalts in einem Heim, bei Pflegeeltern, bei dem anderen Elternteil, Großeltern), oder wenn beide Eltern das Kind zu gleichen Teilen gemeinsam oder zeitlich wesentlich anders, als im Antrag angegeben, betreuen
- wenn der alleinerziehende Elternteil heiratet (auch dann, wenn es sich bei dem Ehepartner nicht um den anderen Elternteil handelt),
- wenn der alleinerziehende Elternteil mit dem anderen Elternteil oder dem neuen Ehegatten zusammenzieht oder wieder eine Beziehung mit diesem führt
- wenn ein weiteres gemeinsames Kind zum anderen Elternteil zieht,
- wenn Ihnen der bisher unbekannt Aufenthalt des anderen Elternteils bekannt wird,
- wenn der andere Elternteil Unterhalt für das Kind zahlt,
- wenn sich die bisherigen Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils ändern,

- wenn der Kindergeldantrag abgelehnt wurde,
- wenn sich die Anschrift oder die Bankverbindung des alleinerziehenden Elternteils ändert,
- wenn der andere Elternteil oder das Kind verstorben ist,
- wenn für das Kind Halbwaisenrente gewährt wird oder sich der Betrag geändert hat,
- wenn Sie nicht genau wissen, ob eine Änderung relevant ist oder nicht.

Bitte teilen Sie die (Wieder-) Heirat des Elternteils, bei dem das Kind lebt, sowie den Umzug des Kindes von einem Elternteil zum anderen Elternteil oder zu einer dritten Person oder in den eigenen Haushalt vorab mit.

Die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Mitteilungspflicht kann mit Bußgeld geahndet werden. Die Verletzung der Pflicht führt weiterhin zur Ersatzpflicht bzgl. gezahlter Leistungen.

8 In welchen Fällen muss die Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ersetzt oder zurückgezahlt werden?

Die Leistungen nach dem UVG müssen ersetzt oder zurückgezahlt werden:

- wenn bei der Antragstellung vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht worden sind,
- wenn nach Antragstellung die Mitteilungspflichten verletzt worden sind (siehe Punkt 7),
- der alleinerziehende Elternteil gewusst oder infolge Fahrlässigkeit nicht gewusst hat, dass die Voraussetzungen für die Zahlung der Unterhaltsleistung nicht erfüllt waren,
- wenn das Kind nach Antragstellung Einkommen erzielt, das bei der Berechnung der Leistungen nach dem UVG hätte abgezogen werden müssen (siehe Punkt 3).
Die Ersatzpflicht beginnt nach Ablauf des Tages der Änderung der Verhältnisse.

9 Wie wirken sich die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auf andere Sozialleistungen aus?

Die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gehören zu den Einkünften, die den Lebensunterhalt des Kindes decken sollen. Sie werden deshalb als vorrangige Sozialleistung, auf die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder WoGG als Einkommen des Kindes angerechnet.

10 Übergang der Unterhaltsansprüche

Werden einem Kind Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt, gehen in Höhe dieser Leistungen seine Unterhaltsansprüche gegen den anderen Elternteil auf das Land über. Das Land fordert den unterhaltspflichtigen Elternteil - bei Vorliegen unterhaltsrechtlicher Voraussetzungen - zur Rückzahlung der gewährten Unterhaltsvorschussleistungen auf.

11 gesetzlicher Vertreter des Kindes

Gesetzlicher Vertreter des Kindes kann ein Amtsvormund des Jugendamtes sein, der gesetzlich oder gerichtlich als Vormund die gesetzliche Vertretung des Kindes sicherstellt. Großeltern, Verwandte des Kindes oder Pflegeeltern, die zum gesetzlichen Vertreter bestimmt worden sind, haben keinen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.